

Meine Damen und Herren

Als zum 1. Juli die Renten um ein Prozent gestiegen sind, blieb der aktuelle Rentenwert für Ostdeutsche weiterhin elf Prozent hinter dem Rentenwert für Westdeutsche zurück.

Das hat bittere Folgen: Nach 45 Jahren durchschnittlichem Verdienst erhalten Ostdeutsche 142 Euro weniger Rente als Westdeutsche.

Im Klartext heißt das: Die wirtschaftliche Lebensleistung der Ostdeutschen wird in der Rentenversicherung schlechter bewertet als die der Westdeutschen.

Und das schon seit mehr als zwanzig Jahren. Das ist beim besten Willen nicht hinnehmbar!

Doch statt zu handeln betreiben seit der Wiedervereinigung **alle** Bundesregierungen Sankt-Nimmerleins-Politik. Erinnerung wir uns – die Angleichung war ein **zentrales einigungspolitisches Versprechen** – DIE LINKE will, dass es jetzt endlich eingelöst wird!

Frau Merkel, hören Sie mich? Noch vor Beginn der laufenden Legislaturperiode haben Sie auf dem Seniorentag im Juni 2009 in Leipzig die Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau versprochen. Sie sagten:

„Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“

Frau Bundeskanzlerin – Sie haben entweder einfach nur gelogen oder Sie glauben, jetzt so ohne weiteres Ihr Wahlversprechen brechen zu können. Lug oder Betrug - das ist doch schäbig!

Eines muss doch vollkommen klar sein: Bei der Angleichung der ostdeutschen Renten auf das Westniveau geht es um **Gerechtigkeit** – und nicht um Almosen für den Osten! Es muss gelten:

Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung!

Wir brauchen die Angleichung, um endlich ein Stück Rentengerechtigkeit herzustellen.

Meine Damen und Herren,

DIE LINKE greift eine Lösung auf, die von den *Gewerkschaften* ver.di, GEW, TRANSNET, GdP und den *Sozialverbänden* Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland (SoVD) und dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) entwickelt worden ist und überzeugend vertreten wird. Nach unserem Vorschlag muss eine gerechte Angleichung:

**Erstens:**

Eine deutliche Verbesserung für alle heutigen Rentnerinnen und Rentner bringen. Denn die Alterseinkünfte sind im Osten 18 Prozent geringer als im Westen. Das liegt vor allem daran, dass die gesetzliche Rente bei den Ostdeutschen mehr als 90 Prozent ihres gesamten Alterseinkommens ausmacht.

**Zweitens:**

Die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter muss als **pauschaler Nachteilsausgleich**

beibehalten werden. Und das trotz sich angleichender Tariflöhne.

Warum?

Die Hälfte aller Beschäftigten in Ostdeutschland arbeitet ohne Tarifvertrag, und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter liegen an der Saale und der Oder nach wie vor ein Viertel unter denen am Rhein und an der Isar.

Außerdem müssen Ostdeutsche für einen fast gleichen Lohn oft länger arbeiten und auf im Westen übliche Sonderzahlungen, wie beispielsweise Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, verzichten.

Die Friseurin in Dresden verdient zum Beispiel immer noch deutlich weniger als die Friseurin in Köln. Selbst Brandenburg als einkommensstärkstes ostdeutsches Bundesland fällt bei den Löhnen und Gehältern deutlich abgeschlagen hinter Schleswig-Holstein als dem einkommensschwächsten westdeutschen Bundesland zurück.

Das sind die Tatsachen!

Die bloße Angleichung der Tariflöhne sagt also nichts über die **tatsächliche** Ungleichbehandlung aus!

**Drittens:**

Die Angleichung soll bis 2016 abgeschlossen sein. DIE LINKE, ver.di, die Volkssolidarität und andere schlagen dafür einen steuerfinanzierten, stufenweise steigenden Zuschlag vor.

**Viertens:**

Die Angleichung der Renten im Osten auf das Westniveau darf nicht gegen eine vernünftige Lohn- und Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland ausgespielt werden.- Wir können und müssen das eine tun ohne das andere zu lassen!

Der Rentner in Cottbus ist nicht weniger wert als die Rentnerin in Kiel. Das muss endlich auch im Rentenrecht gelten!

Vielen Dank!